

*Prof. Dr. v. v. v.*



# Satzung und allgemeine Versicherungsbedingungen

der

## Schlesischen Provinzial-Feuersozietät.

Gültig vom 1. Januar 1912.

Teil I. Satzung.

Teil II. Allgemeine Versicherungsbedingungen für Feuer-  
sicherung mit den  
Zusatzbedingungen für landwirtschaftliche Versicherungen.



# Satzung und allgemeine Versicherungsbedingungen

der

## Schlesischen Provinzial-Feuersozietät.

---

Gültig vom 1. Januar 1912.

---

**Teil I.** Satzung.

**Teil II.** Allgemeine Versicherungsbedingungen für Feuerver-  
sicherung mit den  
Zusatzbedingungen für landwirtschaftliche Versicherungen.



# Teil I. Satzung.

---

## Veröffentlicht

durch Sonderbeilage zu Stück 41 der Amtsblätter der Königlichen  
Regierungen zu Breslau, Liegnitz und Oppeln für 1911.

---

# Inhalt.

---

Abchnitt I.	Name, Sitz, Zweck und Geschäftsgebiet der Anstalt . . . .	§§ 1, 2
= II.	Zusammensetzung, Wahl und Befugnisse der Organe der Anstalt . . . . .	§§ 3—22
	a. innere Verwaltung . . . . .	§§ 3—9
	b. äußere Verwaltung . . . . .	§§ 10—18
	c. Etats- und Kassenwesen . . . . .	§§ 19—22
= III.	Aufwendungen zur Förderung der Feuerficherheit . . . . .	§§ 23—25
= IV.	Die finanziellen Grundlagen der Anstalt:	
	a. Beiträge . . . . .	§§ 26, 27
	b. Sicherheitsfonds . . . . .	§ 28
= V.	Schätzung unbeweglicher Sachen vor Beginn der Versicherung	§ 29
= VI.	Verfahren bei Regelung der Brandschäden . . . . .	§ 30
= VII.	Verfahren bei Streitigkeiten zwischen dem Versicherungsnehmer und der Anstalt. Rechtsmittel . . . . .	§§ 31, 32
= VIII.	Schutz der Realberechtigten des versicherten Grundstücks . .	§§ 33—35
= IX.	Bekanntmachungen. Verwendung des Vermögens bei Auflösung der Anstalt . . . . .	§§ 36, 37
= X.	Schlußbestimmungen . . . . .	§ 38

---



## Abchnitt I.

Name, Zweck, weitere Aufgaben, Sitz und Geschäftsgebiet der Anstalt.

### § 1.

1. Die Schlesische Provinzial-Feuersozietät ist eine im Interesse des gemeinen Nutzens und nicht zu Erwerbszwecken errichtete öffentliche Feuerversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit.

2. Sie unterliegt den Vorschriften des preussischen Gesetzes, betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 25. Juli 1910 (G.-G. S. 211) und genießt die diesen Anstalten zustehenden Rechte. (§ 3 Soz.-Ges.)

3. Die Sozietät ist verpflichtet, die in ihrem Gebiet belegenen Gebäude gegen Brand-, Blitz- und Explosionschäden in Versicherung zu nehmen. (§ 2 Soz.-Ges.)

4. Außerdem gewährt sie mit Genehmigung des Ministers Versicherung gegen Brand-, Blitz- und Explosionschäden an beweglichen Sachen. Auch ist sie befugt, auf Beschluß des Provinzialausschusses mit ministerieller Genehmigung andere Zweige der Schadensversicherung zu betreiben, wie Versicherung gegen Wasserleitungschäden, Mietsverlust infolge Brand, Blitzschlag oder Explosion und gegen Einbruchsdiebstahl und anderen Anstalten Mit- und Rückversicherung zu gewähren. (§ 32 Soz.-Ges.)

5. In die Entschädigungspflicht eingeschlossen ist auch der Ersatz desjenigen Gebäude-Brandschadens, der bei Aufruhr und im Kriege entsteht, mit Ausnahme desjenigen Schadens, welcher durch Maßregeln verursacht wird, die im Kriege oder nach Erklärung des Kriegszustandes von einem militärischen Befehlshaber angeordnet worden sind. (§ 84 B.-V.-G.) Die betreffenden Gebäude müssen jedoch zur Zeit des Aufruhrs, bei Erlaß der Kriegserklärung oder bei Beginn der Feindseligkeiten seit mindestens einem Jahre versichert oder erst innerhalb des letzten Jahres neu erbaut und noch nirgends versichert gewesen sein. Sollten in diesen Fällen seitens des Staates oder von anderer Seite

Vergütungen nach gesetzlicher Verpflichtung oder freiwillig gewährt werden, so hat die Sozietät einen Anspruch auf diese Vergütung in Höhe der von ihr gewährten Brandentschädigung.

## § 2.

1. Die Sozietät ist eine Provinzialanstalt und wird nach Maßgabe der Provinzialordnung vom <sup>29. Juni 1875</sup> ~~22. März 1881~~, dieser Satzung sowie der übrigen vom Provinziallandtag erlassenen Reglements von dem Provinzialverbande verwaltet.

Der Sitz und Gerichtsstand der Anstalt ist Breslau. Sie bedient sich eines Siegels mit dem Wappen der Provinz und ihrem Namen als Umschrift.

2. Das Geschäftsgebiet ist die Provinz Schlesien. Bei bestehenden Versicherungen beweglicher Sachen ist Außenversicherung zulässig und ihre Fortsetzung auch dann gestattet, wenn der Versicherte innerhalb Preussens in das Gebiet einer die Mobiliar-Versicherung nicht betreibenden öffentlichen Versicherungsanstalt verzieht. Innerhalb des Zwangsbereichs der Feuersozietät der Stadt Breslau dürfen Gebäude-Versicherungen nicht übernommen werden. (§ 8 Soz.-Ges.)

## Abschnitt II.

**Zusammensetzung, Wahl und Befugnisse der Organe der Anstalt.**

## § 3.

1. Die unmittelbare Verwaltung der Sozietät wird von einem Direktor geführt, welcher aus der Zahl der oberen Beamten der Provinz (§ 93 Provinzial-Ordnung) zu wählen ist und zu dem Provinzialverbande in dem Verhältnis eines Provinzialkommissars (§ 99 Provinzial-Ordnung) steht. Ihm können nach Bedürfnis ein oder mehrere obere Beamte zugeordnet werden, welche nach seiner Anweisung zu arbeiten haben. Auch kann mit Genehmigung des Provinzialausschusses ein geeigneter Sozietätsbeamter mit der Wahrnehmung bestimmter versicherungstechnischer Geschäfte beauftragt werden.

2. Der Direktor vertritt die Sozietät gerichtlich und außergerichtlich und vollzieht in ihrem Namen alle Schriftstücke unter der Bezeichnung: „Direktion der Schlesischen Provinzial-Feuersozietät.“

3. Der Direktor wird von dem Provinzialausschuß gewählt. Er ist der Dienstuntergebene des Landeshauptmanns. Dieser ist

berechtigt, zu jeder Zeit Einsicht in die gesamte Geschäftsführung der Sozietät zu nehmen und Auskunft zu verlangen. Er beeidigt den Direktor und die diesem beigegebenen oberen Beamten, führt sie in ihr Amt ein und regelt die Vertretung im Falle der Erledigung einer Stelle.

4. Der Direktor ist der nächste Dienstvorgesetzte aller bei der Sozietät nach § 9 angestellten Beamten. Ihm steht den Beamten gegenüber die Verhängung der in § 98 Nr. 3 der Provinzial-Ordnung vorgesehenen Strafen zu; er kann Urlaub bis zu drei Wochen erteilen.

#### § 4.

1. Zur Mitwirkung bei der Verwaltung der Sozietätsangelegenheiten wird ein Verwaltungsrat — als Provinzialkommission (§ 99 Prov.-Ordn.) — bestellt. Er besteht aus: (§ 16 Soz.-Ges.)

- a. dem Landeshauptmann als Vorsitzenden,
- b. dem Direktor als dessen Stellvertreter,
- c. 6 vom Provinzialausschusse zu wählenden Mitgliedern, von denen je die Hälfte städtische und ländliche Sozietätsmitglieder sein müssen. Für diese Mitglieder sind in gleicher Weise 6 Stellvertreter zu wählen.

Außerdem ist die Schlesische Generallandschafts-Direktion befugt, ein ständiges Mitglied in den Verwaltungsrat zu entsenden. Dieses Recht erlischt mit dem Aufhören des Eintrittszwanges für Besitzer landschaftlich beliehener Grundstücke.

2. In den Verwaltungsrat wählbar sind nur solche Sozietätsmitglieder, welche zum Mitgliede des Provinziallandtages wählbar sind. Jede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Aufhören der für die Wählbarkeit geltenden Bedingungen. Ob einer dieser Fälle eingetreten ist, entscheidet der Provinzialausschuß endgültig.

3. Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf sechs Kalenderjahre, jedoch bleiben die Ausscheidenden bis zur Einführung der Neugewählten im Amte. Für die im Laufe der Wahlzeit ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter sind Ersatzwahlen vorzunehmen. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraums im Amt, für welchen die Ausgeschiedenen gewählt waren.

4. Der Verwaltungsrat versammelt sich, so oft es die ihm überwiesenen Geschäfte erfordern. Er regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung. Der Verwaltungsrat kann nur beschließen, wenn außer dem Vorsitzenden noch drei Mitglieder oder Stellvertreter anwesend



sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

### § 5.

Der Verwaltungsrat hat bei der Entscheidung über alle wichtigeren Angelegenheiten der Anstalt mitzutwirken. Seiner Beschlusfassung unterliegen:

1. die Vorprüfung aller dem Provinzialausschusse zu machenden Vorlagen (§ 7),
2. die Entscheidung über Beschwerden gegen Verfügungen der Direktion (§§ 31, 32),
3. die Ansbarmachung und Anlegung des Sicherheitsfonds (§ 28),
4. der Abschluß von Rückversicherungsverträgen,
5. die Entscheidung zweifelhafter Brandentschädigungsfälle,
6. die Feststellung der allgemeinen Grundsätze über die Art und die Höhe der Bezüge der örtlichen Sozietätsorgane mit Ausnahme der Kreisfeuersozietäts-Direktoren und Magistrate (§ 15),
7. die Feststellung und Änderung der allgemeinen Versicherungsbedingungen, der Grundsätze für die Bemessung der Höhe der Beiträge sowie der Gebühren, welche bei Aufnahme von Versicherungsanträgen zu zahlen sind (§ 7 Nr. 8),
8. die Feststellung der Grundsätze über die Gewährung von Mitteln zu gemeinnützigen, zugleich die Sozietät fördernden Zwecken (§ 24),
9. der Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu dieser Satzung (§ 17 Soz.-Ges.).

### § 6.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten Tagegelber und Reisekosten, wie solche für die Mitglieder des Provinzialausschusses jeweilig festgesetzt sind.

### § 7.

Die obere Leitung und Verwaltung der Sozietät steht dem Provinzialausschuß zu. Ihm liegt insbesondere ob:

1. die Wahl des Direktors (§ 3),
2. die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrates, sowie die Genehmigung der Geschäftsordnung des letzteren (§ 4),



3. die Anstellung sämtlicher Beamten der Sozietät, soweit dieses Recht nicht dem Direktor übertragen ist (§ 9),
4. die Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse des Verwaltungsrates (§§ 31, 32),
5. die Bestimmung über die Höhe des Sicherheitsfonds und über die Verwendung der etwaigen Jahresüberschüsse (§ 28),
6. die Feststellung der den Kreis-Feuersozietäts-Direktoren und Magistraten zu gewährenden Entschädigungen und Gebühren (§ 15),
7. die Entscheidung über die Ausschreibung außerordentlicher Beiträge (§ 28),
8. die Genehmigung der vom Verwaltungsrat beschlossenen allgemeinen Versicherungs-Bedingungen (§ 5 Nr. 7),
9. die Genehmigung der Bildung von Sozietätsbezirken (§ 11),
10. die Vorprüfung aller dem Provinziallandtage zu machenden Vorlagen (§ 8),
11. die Genehmigung zum Ankauf und Verkauf von Grundstücken und zur Ausführung von Bauten.

#### § 8.

Dem Provinziallandtage steht zu:

1. die Feststellung des Etats,
2. die Festsetzung der Gehälter, Besoldungen und Anstellungs-Bedingungen für sämtliche Beamte der Sozietät,
3. die Prüfung und Entlastung der Jahresrechnung, sowie die Genehmigung von Etatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben (§§ 20, 22),
4. die Entgegennahme des Jahresberichtes (§ 22),
5. die Abänderung der Satzung,
6. die Beschlußfassung über die Auflösung der Anstalt.

#### § 9.

1. Die zur Besorgung der Direktionsgeschäfte dauernd erforderlichen Arbeitskräfte werden auf Vorschlag des Direktors von dem Provinzialausschusse angestellt. Sie sind Provinzialbeamte. Auf sie finden daher alle die Provinzialbeamten betreffenden Bestimmungen Anwendung.

2. Die Annahme und Entlassung der Beamten zur Ausbildung, auf Probe und zu vorübergehenden Dienstleistungen erfolgt innerhalb der Grenzen des Etats durch den Direktor, welcher sie auch zu verpflichten hat.

3. Die Vereidigung bezw. Verpflichtung der angestellten Beamten erfolgt durch den Landeshauptmann.

4. Über die Annahme, Ausbildung, Prüfung, Anstellung und Besoldung der Beamten sind besondere Vorschriften zu erlassen, welche der Genehmigung des Provinzialausschusses unterliegen. Die Besoldungsverhältnisse der notwendigen technischen Beamten werden in jedem Falle besonders geregelt.

5. Die Beamten unterliegen der Versetzbarkeit innerhalb der Provinz Schlesien und sind verpflichtet, gegebenenfalls die Tätigkeit bei einer Kreisdirektion oder einer städtischen Geschäftsstelle zu übernehmen. (§§ 10, 13.)

## § 10.

1. Die örtlichen Geschäfte der Gebäudeversicherung der Sozietät werden mit Ausnahme der Versicherungen, welche auf besonderen Wunsch der Versicherten oder aus sonstigen Gründen, z. B. wenn die Versicherungsobjekte in mehreren Kreisen liegen, von der Direktion direkt geführt werden, unmittelbar unter der Direktion auf dem platten Lande von den Landräten als Kreis-Feuersozietäts-Direktoren, soweit sie die Übernahme dieses Amtes nicht ausdrücklich ablehnen, bearbeitet. Bei etwaiger Ablehnung hat der Provinzialausschuß auf Vorschlag der Direktion die Verwaltung der Kreissozietätsgeschäfte anderweit zu regeln.

2. Dasselbe gilt, wenn im einzelnen Falle das Interesse der Sozietät es erfordert, von Amtes wegen den Landrat von der Führung des Amtes als Kreis-Feuersozietäts-Direktor zu entbinden. In einem solchen Falle bedarf der Beschluß des Provinzialausschusses der Genehmigung des Oberpräsidenten.

3. Die Direktion ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Kreis-Feuersozietäts-Direktor besoldete Beamte bei der Kreisdirektion anzustellen, welche ihm unterstellt sind und mit seiner Vertretung in einzelnen Geschäften beauftragt werden können. Diese Beamte haben die Rechte und Pflichten der Provinzialbeamten, werden in der Regel auf Räumigung angestellt und erhalten Ruhegehalt nur auf Grund einer Sonderbewilligung.

## § 11.

1. Zur Besorgung der örtlichen Geschäfte können Landkreise von der Direktion nach Anhörung des zuständigen Landrats mit Zustimmung des Provinzialausschusses auch in Sozietätsbezirke geteilt und

mehrere Kreise nach Anhörung der betreffenden Landräte mit Zustimmung des Provinzialausschusses zu Sozietätsbezirken vereinigt, auch für sie besondere Geschäftsführer und Stellvertreter ernannt werden. Für die einzelnen Sozietätsbezirke, und zwar für einen oder mehrere Sozietätsbezirke, oder auch für alle Bezirke eines oder mehrerer Kreise, werden nach Anhörung des zuständigen Landrats von der Direktion Geschäftsführer und deren Stellvertreter ernannt. Geschäftsführer wie Stellvertreter werden vor Antritt ihres Amtes durch den Direktor oder einen von ihm Beauftragten verpflichtet. Sie dürfen nicht gleichzeitig Vertreter oder Agenten anderer Feuerversicherungsgesellschaften sein.

2. Die Rechte und Pflichten dieser Geschäftsführer, sowie ihre Gebühren werden unter Zustimmung des Verwaltungsrates von der Direktion festgesetzt.

### § 12.

In Angelegenheiten der Gebäude-Versicherung haben die Gemeindebehörden in den Landkreisen bei Ermittlung der Versicherungswerte und bei Feststellung der Brandschadenvergütungen auf Erfordern unentgeltlich mitzuwirken, auch von Amts wegen von jedem Umstande Anzeige zu erstatten, welcher das Versicherungsverhältnis berührt und zu ihrer Kenntnis kommt, z. B. Besitzveränderungen, Verschlechterungen der Gebäude u.

### § 13.

1. In sämtlichen Städten der Provinz mit Ausnahme der Stadt Breslau werden die örtlichen Geschäfte der Gebäude-Versicherung der Sozietät unmittelbar unter der Direktion von den Magistraten bearbeitet.

2. Unter Zustimmung des betreffenden Magistrates und mit Genehmigung des Provinzialausschusses kann ein Magistrat von den örtlichen Geschäften ganz oder zum Teil entbunden und deren Erledigung besonderen Geschäftsführern übertragen werden.

3. Innerhalb der Stadt Breslau sind diese Geschäfte von der Direktion selbst wahrzunehmen oder es ist dazu mit Genehmigung des Verwaltungsrates eine besondere Geschäftsstelle einzurichten.

### § 14.

Die Einziehung der Sozietätsbeiträge erfolgt sowohl auf dem platten Lande wie in den Städten durch die Ortserheber.



Die Kreis-Feuersozietäts-Direktoren oder Magistrate haben das Einziehungsgeschäft zu überwachen und vermitteln nötigenfalls die zwangsweise Einziehung der Beiträge und Aufnahmegebühren für Gebäude-Versicherungen.

#### § 15.

Die Kreis-Feuersozietäts-Direktoren, Magistrate und Ortserheber erhalten für die Wahrnehmung der Sozietätsgeschäfte Bureauentschädigungen oder Gebühren nach Maßgabe des Etats.

#### § 16.

Der Disziplinargewalt der Provinzialbehörden sind die mit der Erledigung von Sozietätsgeschäften betrauten Staats- und Gemeindebeamten nicht unterworfen. Die Einrichtungen der Sozietätsverwaltung bei den Kreisdirektionen und den Magistraten können mit Zustimmung des Provinzialausschusses durch Geschäftsanweisungen geregelt werden.

#### § 17.

1. Für die Mitwirkung der Organe des Provinzialverbandes bei der Verwaltung der Sozietät hat diese alljährlich einen Verwaltungskostenbeitrag an den Provinzialverband zu zahlen, dessen Höhe zwischen dem Provinzialausschusse und dem Verwaltungsrate zu vereinbaren und nach Bedürfnis neu zu ordnen ist.

2. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Provinziallandtag.

#### § 18.

Bei der Versicherung von beweglichen Sachen werden die Geschäfte der Kreis- und Lokalverwaltung wahrgenommen:

a. außerhalb der Stadt Breslau von Versicherungs-kommissaren der Land- und Stadtkreise.

Diese werden von der Direktion nach Anhörung des Kreis-Feuersozietäts-Direktors oder des Bürgermeisters ernannt und auf Kündigung angestellt. Die unmittelbare Aufsicht über sie wird nach näherer Anweisung der Direktion von den Kreis-Feuersozietäts-Direktoren oder Bürgermeistern ausgeübt.

Ist bei der Kreisdirektion seitens der Sozietät ein besoldeter Beamter angestellt, so hat dieser auch die Geschäfte der Versicherungen beweglicher Gegenstände wahrzunehmen. (§ 10),

- b. innerhalb der Stadt Breslau von der Direktion selbst oder einer mit Genehmigung des Verwaltungsrats einzurichtenden besonderen Geschäftsstelle. (§ 13.)

### § 19.

Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

### § 20.

Der Etat wird nach den Bestimmungen der Provinzial-Ordnung für ein Rechnungsjahr aufgestellt. Er bleibt bis zur Festsetzung eines neuen Etats in Kraft. Überschreitungen des Etats und außeretatsmäßige Ausgaben dürfen nur unter Verantwortung des Provinzialausschusses stattfinden und bedürfen der Genehmigung des Provinziallandtages.

### § 21.

1. Die Kassengeschäfte der Sozietät führt bis auf weiteres die Landeshauptkasse. In Verbindung mit der Landeshauptkasse steht in jedem Landkreise eine Kreisfeuersozietätskasse, an welche alle Beiträge der Versicherten, soweit nicht eine direkte Zahlung der Beiträge vereinbart ist, abzuführen sind und durch welche Zahlungen geleistet werden.

2. Die Verwalter dieser Kasse erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung von der Sozietät.

3. In den Städten werden die örtlichen Kassengeschäfte in der Regel von den Magistraten durch die städtischen Kassen wahrgenommen.

4. Sind die Sozietätskassen mit anderen Kassen vereinigt, so werden die Bestände beider Kassen gleichzeitig von dem zur Revision der anderen Kasse berufenen Organe geprüft.

### § 22.

1. Die nach den Vorschriften der Provinzial-Ordnung zu prüfende und zu entlastende Jahresrechnung ist auszugsweise durch die Amtsblätter und nach dem Ermessen der Direktion durch Zeitungen der Provinz zu veröffentlichen.

2. Dem Provinziallandtage ist jedesmal bei seinem ordentlichen Zusammentritte von der Direktion über die Verwaltung der Sozietät Bericht zu erstatten.

### Abchnitt III.

#### Anwendungen zur Förderung der Feuersicherheit.

##### § 23.

1. Der Etat der Anstalt hat alljährlich Mittel auszuwerfen zur Gewährung von Beihilfen für Einrichtungen und Maßnahmen, welche der Erhöhung der Feuersicherheit dienen.

2. Die Höhe der Mittel ist nach der Leistungsfähigkeit der Anstalt und den im Anstaltsgebiet vorhandenen Bedürfnissen zu bemessen.

3. So lange der Sicherheitsfonds nicht 2‰ der Versicherungssumme erreicht, kann von Auswurfung der Mittel abgesehen werden.

4. Der Provinzialausschuß kann auf Vorschlag des Verwaltungsrats aus den etwaigen Jahresüberschüssen einen Fonds zur Förderung von gemeinnützigen, zugleich die Sozietät fördernden Zwecken noch besonders ansammeln lassen und über dessen Verwendung Bestimmung treffen.

##### § 24.

1. Innerhalb der gemäß § 23 zur Verfügung gestellten Mittel kann die Direktion zu gemeinnützigen, zugleich die Sozietät fördernden Zwecken, insbesondere

- a. zur Beschaffung von Feuerpritzen und Löschgeräten,
- b. zur Unterstützung von Feuerwehren und sonstigen das Feuerlöschwesen fördernden Einrichtungen,
- c. zur Instandsetzung beschädigter Feuerpritzen und Löschgeräte,
- d. für Ermittlung von Brandstiftern,
- e. für wirksame Hilfeleistung bei Bränden und für sonstige außerordentliche Bemühungen im Interesse der Sozietät,

Beihilfen und Belohnungen gewähren.

2. Außerdem können in besonderen Fällen an kommunale Verbände zur Förderung des Löschwesens aus dem Sicherheitsfonds unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen gegeben werden.

3. Die Grundsätze über die Gewährung der Beihilfen und Belohnungen sowie über die Gewährung von Darlehen stellt der Verwaltungsrat fest (§ 5 Nr. 8), (§ 20 Soz.-Gef.).

##### § 25.

Unter die Aufwendungen zur Förderung der Feuersicherheit im Sinne dieser Bestimmung gehört auch die unentgeltliche Verwaltung



und Unterstützung der von der Sozietät gegründeten Schlesischen Feuerwehr-Unfallkasse nach Maßgabe ihres Statuts und für die Dauer ihrer Verwaltung durch die Sozietät.

## **Abschnitt IV.**

### **Die finanziellen Grundlagen der Anstalt.**

#### **§ 26.**

1. Die Beiträge der Sozietätsmitglieder sind zur Deckung der Brandschäden und aller sonstigen Ausgaben der Sozietät sowie zur Ansammlung des Sicherheitsfonds bestimmt. Für die Verbindlichkeiten der Sozietät haftet deren gesamtes Vermögen.

2. Die Beiträge sind im Verhältnis zum Gesamtbedarf der Anstalt und entsprechend der Feuergefährdung unter Berücksichtigung der Benutzung, Beschaffenheit und Lage der versicherten Sachen und nach der Feuergefährdung des Ortes abzustufen. (§ 18 Soz.-Ges.)

#### **§ 27.**

1. Die Beiträge sind alljährlich im voraus bis 15. Februar ohne besondere Ausschreibung zu entrichten.

2. Erfolgt bis zu dem angegebenen Zeitpunkt die Zahlung nicht, so werden die Rückstände ohne weitere Verwarnung wie die öffentlichen Abgaben zwangsweise eingezogen — ausgenommen die Beiträge für die Versicherung beweglicher Sachen. —

#### **§ 28.**

### **Sicherheitsfonds.**

1. Der Sicherheitsfonds wird gebildet aus den gegenwärtigen Beständen und den Jahresüberschüssen.

2. Die Bestände des Sicherheitsfonds und das sonstige Vermögen der Anstalt sind nach den Bestimmungen des preussischen Gesetzes über die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten und nach den für die zinsbare Anlegung der dem Provinzialverbande gehörigen und der in seiner Verwaltung befindlichen Fonds und Bestände vom Provinzialausschuß festgestellten Bestimmungen mündelsicher anzulegen, mit der Maßgabe, daß bei hypothekarischen Darlehen der Verwaltungsrat den Zinsfuß zu bestimmen hat.

3. Das Vermögen und die Einnahmen der Anstalt dürfen nur im Interesse der Anstalt und der Versicherten, insbesondere zur Förderung der Feuersicherheit verwendet werden. (§ 19 Soz.-Ges.)

4. Der Sicherheitsfonds ist auf eine solche Höhe zu bringen und dauernd zu erhalten, daß er voraussichtlich in allen Wechselfällen seinen Zweck zu erfüllen imstande ist. (§ 7 Nr. 5.) Unter den Betrag von 3‰ der Versicherungssumme soll er in der Regel nicht herabgemindert werden. Hat der Sicherheitsfonds die erforderliche Höhe erreicht, so kann der Provinzialausschuß auf Vorschlag des Verwaltungsrates beschließen, daß der Überschuß im Interesse der Sozietät und ihrer Versicherten verwendet wird.

5. Die Versicherungsnehmer haben keinerlei Anspruch an den Sicherheitsfonds.

6. Die Zinsen des Sicherheitsfonds sind zur Bestreitung der laufenden Ausgaben mit zu verwenden.

7. Wenn der Sicherheitsfonds durch ein Zurückgreifen auf ihn unter 2‰ der Versicherungssumme herabgesunken ist, kann er mit Genehmigung des Provinzialausschusses durch außerordentliche Beiträge, welche nach dem Verhältnis der ordentlichen Beiträge auszusprechen und wie diese einzuziehen sind, ergänzt werden.

## Abschnitt V.

### Schätzung unbeweglicher Sachen vor Beginn der Versicherung.

#### § 29.

1. Die Versicherung unbeweglicher Sachen darf nur auf Grund einer Schätzung übernommen werden, welche nicht überschritten werden darf. Im Bau befindliche Gebäude können vorläufig ohne Schätzung versichert werden.

2. Die Schätzung erfolgt an der Hand der dem Versicherungsantrage beigefügten Gebäudebeschreibung oder auf Grund örtlicher Schätzung an der Hand einer Schätzungsordnung. (§ 12 Soz.-Ges.)

## Abschnitt VI.

### Verfahren bei Regelung der Brandschäden.

#### § 30.

1. Die Feststellung der Brandentschädigung erfolgt durch Vereinbarung zwischen der Anstalt und dem Versicherungsnehmer und

mangels Einigung durch zwei Sachverständige, von denen jede Partei einen ernennt; der Antrag auf letztere Art der Abschätzung kann von jeder Partei vor Beginn oder während der Vereinbarungsverhandlungen gestellt werden.

2. Unterläßt es der Versicherungsnehmer trotz Aufforderung, bis zum Abschätzungstermin einen Sachverständigen zu ernennen, oder kann er wegen Abwesenheit oder aus sonstigen Gründen zur Ernennung eines solchen nicht aufgefordert werden, so ernennt die Ortspolizeibehörde den Sachverständigen des Versicherungsnehmers. Beide Sachverständige ernennen vor Beginn des Abschätzungstermins einen Obmann. Können sich die Sachverständigen über die Wahl des Obmanns nicht einigen, so ernennt ihn das zuständige Amtsgericht. Der Obmann entscheidet über die streitig gebliebenen Punkte innerhalb der Grenzen der Feststellungen der beiden Sachverständigen.

3. Aus der von den Sachverständigen zu beurkundenden Feststellung muß der Versicherungswert der Sachen sowohl zur Zeit des Eintritts des Schadenfalls als auch zur Zeit nach dem Schadenfall hervorgehen und zwar bezüglich der übrig gebliebenen Teile und Materialien unter Berücksichtigung ihrer Verwendbarkeit für die Wiederherstellung.

4. Die Kosten seines Sachverständigen hat jeder Teil zu tragen; die Kosten der Zuziehung des Obmanns werden gemeinschaftlich zur Hälfte übernommen.

5. Auf Grund der Schadenermittelungsverhandlung setzt die Direktion die Entschädigung nach Maßgabe der Versicherungsbedingungen fest.

## Abschnitt VII.

Verfahren bei Streitigkeiten zwischen dem Versicherungsnehmer und der Anstalt. Rechtsmittel.

### § 31.

1. Gegen die Ablehnung einer Gebäude-Versicherung durch die Direktion steht dem Versicherungsnehmer der Einspruch bei dem Verwaltungsrat frei. Der Einspruch ist binnen 2 Wochen nach Zustellung des Ablehnungsbescheides bei der Direktion zu erheben.

2. Gegen die Entscheidung des Verwaltungsrates kann binnen 2 Wochen nach Zustellung Beschwerde bei dem Oberpräsidenten erhoben werden, welcher endgültig entscheidet. (§ 11 Sodz.-Ges.)



## § 32.

Gegen die Bescheide der Direktion, durch welche die Entschädigung festgesetzt oder die Gewährung einer Entschädigung abgelehnt wird, steht dem Versicherungsnehmer entweder binnen einer Frist von 6 Monaten nach Empfang des Bescheides der Rechtsweg oder die Beschwerde an den Verwaltungsrat und gegen dessen Entscheidung die Beschwerde an den Provinzialausschuß frei. Die Beschwerden sind binnen 1 Monat nach Zustellung des Bescheides bei der Direktion zu erheben. Auch gegen die Entscheidung des Provinzialausschusses steht dem Versicherungsnehmer binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung der Entscheidung der Rechtsweg offen. (§ 23 Soz.-Ges.)

## Abchnitt VIII.

**Schutz der Realberechtigten des versicherten Grundstücks. (§ 21 Soz.-Ges.)**

## § 33.

1. Jede Beendigung der Versicherung, Ermäßigung der Versicherungssumme oder Minderung der übernommenen Gefahr gilt den Realberechtigten gegenüber erst mit Ablauf eines Monats nach erlangter Kenntnis, sofern sie sich nicht mit der Änderung des Versicherungsverhältnisses einverstanden erklärt haben. Bei Minderung der übernommenen Gefahr und wenn die Sozietät eine Herabsetzung um weniger als  $\frac{1}{3}$  der Versicherungssumme veranlaßt, gilt dies nur den besonders angemeldeten Realberechtigten gegenüber.

2. Ist der Versicherungsvertrag nichtig, weil der Versicherungsnehmer den Vertrag in der Absicht, sich aus der Überversicherung oder Doppelversicherung einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, abgeschlossen hat, so kann die Anstalt die Nichtigkeit den Realberechtigten gegenüber nicht geltend machen. Das Versicherungsverhältnis endigt diesen Berechtigten gegenüber mit dem Ablauf eines Monats, nachdem die Anstalt ihnen die Nichtigkeit des Vertrages mitgeteilt hat.

3. Kündigungen des Versicherungsnehmers, dessen Unterschrift auf Verlangen der Sozietät von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten öffentlichen Beamten zu beglaubigen ist, sind nur wirksam, wenn der Versicherungsnehmer einen Monat vor Ablauf der Versicherung nachgewiesen hat, daß bis zu dem Zeitpunkte, bis zu welchem die Kündigung zulässig war, Hypotheken, Reallasten, Grund- und Rentenschulden nicht vorhanden sind oder daß die bis zu diesem Zeitpunkt angemeldeten

Realberechtigten in die Aufhebung der Versicherung willigen. Der Grundbuchsatzug und die Erklärung der Realberechtigten, die zur Führung dieses Nachweises der Sozietät vorzulegen sind, sind auf Verlangen der Anstalt zu beglaubigen. Bei Anträgen auf Herabsetzung der Versicherungssumme oder Minderung der übernommenen Gefahr ist die Genehmigung der Realberechtigten in gleicher Weise nachzuweisen.

4. Bei der Gebäudeversicherung hat die Anstalt den Realberechtigten Mitteilung zu machen, wenn der Versicherungsnehmer 6 Monate seit der ihm zugegangenen Zahlungsaufforderung mit der Beitragszahlung in Rückstand geblieben ist. Beitragszahlungen, die der Anstalt von einem der Berechtigten angeboten werden, darf die Anstalt nicht ablehnen, auch wenn der Versicherungsnehmer widerspricht.

5. Jedem Realberechtigten steht frei, eine aufgehobene oder herabgesetzte Versicherung binnen einem Monat nach Zustellung der Mitteilung für sein Interesse fortzusetzen. Die Fortsetzung erfolgt bis zur Höhe der alten Versicherungssumme und erlischt von selbst, sobald der Realberechtigte durch eine neue Versicherung gedeckt ist. Die Sozietät kann hierbei die unverzügliche Kündigung des Realrechts sowie die Betreibung der Zwangsversteigerung zur Bedingung machen.

6. Die Mitteilungen an die Realberechtigten erfolgen stets kostenfrei durch eingeschriebenen Brief. Hat der Realberechtigte eine Änderung seiner Wohnung nicht angezeigt, so ist die Mitteilungspflicht der Sozietät durch Absendung eines eingeschriebenen Briefes nach der letzten bekannten Wohnung erfüllt.

### § 34.

1. Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt für versicherte Gebäude, welche mit Hypotheken, Reallasten, Grund- oder Rentenschulden belastet sind, nur zur Wiederherstellung und erst dann, wenn die bestimmungsmäßige Verwendung des Geldes gesichert ist, es sei denn, daß die vor dem Schadenfall eingetragenen Realberechtigten in die sofortige Auszahlung willigen. Die Erklärungen sind auf Verlangen der Anstalt zu beglaubigen. Zum Nachweis über die Belastung kann vom Versicherungsnehmer auf seine Kosten ein beglaubigter Grundbuchsatzug verlangt werden. Wird die Einwilligung der Realgläubiger nicht beigebracht, so erfolgt die Zahlung der Entschädigung in Raten je nach Fortschreiten des Wiederaufbaues, bei ausreichender Sicherheitsleistung für die bestimmungsmäßige Verwendung in einer Summe.

2. Kleinere Brandentschädigungen, welche nicht im Verhältnis zur Versicherungssumme stehen, können ohne weiteres ausbezahlt werden.

3. Ist bei einer Gebäude-Versicherung die Sozietät wegen des Verhaltens des Versicherungsnehmers von der Verpflichtung zur Leistung frei, so bleibt gleichwohl die Verpflichtung gegenüber den Realberechtigten bestehen.

4. Soweit die Sozietät auf Grund vorstehender Bestimmungen einen Realberechtigten befriedigt, geht dessen Recht auf die Sozietät über. Sie kann indessen den Übergang nicht zum Nachteil eines gleich- oder nachstehenden Realberechtigten geltend machen, demgegenüber ihre Verpflichtung bestehen geblieben ist. (§ 21 Soz.-Ges.)

### § 35.

1. Vor der Wiederherstellung des Gebäudes kann die Forderung des Versicherungsnehmers auf Zahlung der Entschädigung nur auf den Erwerber des Grundstücks oder an solche Gläubiger des Versicherungsnehmers übertragen werden, welche Arbeiten oder Lieferungen zur Wiederherstellung des Gebäudes übernommen oder bewirkt haben. Eine Übertragung an Gläubiger des Versicherungsnehmers, die bare Vorschüsse zur Wiederherstellung des Gebäudes gegeben haben, ist wirksam, wenn die Verwendung der Vorschüsse zur Wiederherstellung erfolgt.

2. Den gleichen Beschränkungen unterliegt die Pfändbarkeit der Forderung.

## Abschnitt IX.

**Bekanntmachungen. Verwendung des Vermögens bei Auflösung der Anstalt.**

### § 36.

Die Satzung, Änderungen der Satzung und sonstige für die Allgemeinheit wichtige Bekanntmachungen sind in den Amtsblättern der zum Sozietätsbezirk gehörigen Regierungen zu veröffentlichen.

### § 37.

Das bei der Auflösung der Anstalt (§ 8 Nr. 6) nach Deckung aller Verpflichtungen verbleibende Vermögen fällt an den Provinzialverband der Provinz Schlesien und muß für Zwecke des Feuerlöschwesens im Geschäftsgebiete der Anstalt verwendet werden. (§ 33 Soz.-Ges.)



## **Abschnitt X.**

### **Schlussbestimmungen.**

#### **§ 38.**

1. Diese Satzung tritt mit dem 1. Jannar 1912 in Kraft.

2. Wird ein zur Zeit des Inkrafttretens bestehendes Versicherungsverhältnis nicht für den nächsten darauf folgenden Termin gekündigt, für den der Versicherungsnehmer zur Kündigung berechtigt ist, so finden von diesem Termin an die Bestimmungen dieser Satzung und der auf Grund der Satzung ergangenen allgemeinen Versicherungs-Bedingungen Anwendung. (§ 36 Soz.-Gef.)

Breslau, den 17. März 1911.

### **Der Provinziallandtag von Schlesien.**

Die vorstehende Satzung wird hierdurch genehmigt.

Berlin, den 14. September 1911.

(Siegel.)

### **Der Minister des Innern.**

Im Auftrage.

gez. von Herrmann.

## Teil II.

# Allgemeine Versicherungsbedingungen für Feuerversicherung.

---

### Veröffentlicht

durch Sonderbeilage zu Stück 49 der Amtsblätter der Königlichen  
Regierungen zu Breslau, Liegnitz und Oppeln für 1911.

---

---

## Inhalt.

---

Umfang der Haftung . . . . .	§ 1
Gegenstand der Versicherung . . . . .	§ 2
Räumlicher Geltungsbereich der Versicherung . . . . .	§ 3
Versicherungswert . . . . .	§ 4
Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers bei Abschluß des Vertrages . . . . .	§ 5
Versicherungsschein, Anfang und Dauer der Versicherung . . . . .	§ 6
Beiträge des Versicherungsnehmers . . . . .	§ 7
Gefahr-Erhöhung . . . . .	§ 8
Sicherheits-Vorschriften . . . . .	§ 9
Herabsetzung der Versicherung . . . . .	§ 10
Mehrfache Versicherung, Doppelversicherung und vereinbarte Selbstversicherung . . . . .	§ 11
Veräußerung versicherter Sachen . . . . .	§ 12
Versicherung für fremde Rechnung . . . . .	§ 13
Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bei und nach dem Schadenfalle . . . . .	§ 14
Folgen der Verletzung der Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bei und nach dem Schadenfalle . . . . .	§ 15
Zahlung der Entschädigung . . . . .	§ 16
Rechtsverhältnisse nach dem Schadenfalle oder nach dem gänzlichen oder teil- weisen Untergang der versicherten Sache . . . . .	§ 17
Verlust des Anspruches des Versicherungsnehmers wegen Nichtgeltendmachung . . . . .	§ 18
Schlußbestimmung . . . . .	§ 19

---



## § 1.

### Umfang der Haftung.

1. Die Schlesische Provinzial-Feuersozietät haftet für den Schaden, der durch Brand, durch zündenden oder kalten Blitzschlag, oder durch Explosion von Leuchtgas aller Art, auch wenn es nicht zu Beleuchtungszwecken dient, von Beleuchtungskörpern, von Haushaltungs-Heizeinrichtungen, von Dampfkesseln (Dampferzeugern) und von Explosionsmotoren entsteht. Die Haftung für die Folgen anderer Explosionen bedarf ohne Rücksicht auf ihre Entstehungsursache besonderer Vereinbarung.

2. Im Falle eines Brandes ersetzt die Sozietät den Schaden, der an den versicherten Sachen durch ihre Zerstörung oder Beschädigung entsteht, soweit die Zerstörung oder Beschädigung auf der Einwirkung eines ausgebrochenen Feuers beruht oder seine unmittelbare Folge ist. Die Sozietät ersetzt auch den Wert der versicherten Sachen, die bei dem Brande abhanden kommen. Endlich vergütet die Sozietät den Schaden, der an versicherten Sachen durch "das Löschen des Brandes, durch die zum Löschen und zur Verhütung weiterer Verbreitung des Brandes notwendigen Maßnahmen und durch das bei dem Brande erfolgte Niederreißen oder Ausräumen entsteht. Einen weiteren Schaden, insbesondere einen weiteren mittelbaren Schaden, sowie den durch Eintritt des Schadensfalls (Versicherungsfalls) entgehenden Gewinn umfaßt die Versicherung nur, soweit dies besonders vereinbart ist.

3. Die Haftung der Sozietät für einen durch Blitzschlag oder Explosion entstehenden Schaden regelt sich nach den Bestimmungen der Biffer 2.

4. Die Sozietät haftet nicht, wenn ein Brand oder eine Explosion durch Erdbeben oder vulkanischen Ausbruch oder durch Maßregeln verursacht wird, die im Kriege oder nach Erklärung des Kriegszustandes von einem militärischen Befehlshaber angeordnet werden. Bei allen Schäden, die während eines Erdbebens oder unmittelbar darauf entstehen, wird angenommen, daß sie durch das Erdbeben veranlaßt sind, es sei denn, daß der Versicherungsnehmer nachweist, daß sie auch ohne das Erdbeben entstanden wären.

5. Die Sozietät haftet nicht für Schäden, welche die versicherten Sachen dadurch erleiden, daß sie ihrer Bestimmung gemäß dem Feuer oder der Wärme ausgesetzt werden.

## § 2.

### Versicherte Sachen.

1. Die Versicherung eines Gebäudes erstreckt sich auf alle im Versicherungsschein (§ 6) nicht ausgeschlossenen Bestandteile, auch wenn sie nach Abschluß der Versicherung eingefügt sind. Zubehörfstücke und Maschinen sind jedoch in die Versicherung eines Gebäudes nur dann eingeschlossen, wenn sie im Versicherungsschein besonders aufgeführt sind.

2. Die für die Bauzeit abgeschlossene Versicherung eines Gebäudes umfaßt auch die zum Bau bestimmten, auf dem Bauplatz oder in seiner unmittelbaren Nähe im Freien lagernden Baustoffe.

3. Bares Geld und Wertpapiere, Urkunden, ungemünzte Edelmetalle, ungefaßte Edelsteine, ungefaßte echte Perlen sind nur dann versichert, wenn dies besonders vereinbart ist. Schmuck- und Kunstgegenstände sind ohne besondere Vereinbarung nur bis zum Betrage von je 500 M. versichert.

4. Die Versicherung eines Inbegriffs von Sachen umfaßt die jeweils zum Inbegriff gehörigen Sachen.

5. Die Versicherung von Haushaltungs- und sonstigen Gebrauchsgegenständen umfaßt auch die Sachen der Familienangehörigen des Versicherungsnehmers und der in einem Dienstverhältnis zu ihm stehenden Personen, sofern sie mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben. Insoweit gilt die Versicherung als für fremde Rechnung genommen (vergl. § 13).

## § 3.

### Räumlicher Geltungsbereich der Versicherung.

1. Die Versicherung beweglicher Sachen gilt mangels anderer Vereinbarung nur für die im Versicherungsschein (§ 6) bezeichneten

Räume (Versicherungsräume). Innerhalb dieser Räume können die Sachen ihren Stand- oder Aufbewahrungsort wechseln.

2. Haushaltungs- und Gebrauchsgegenstände, die sich vorübergehend außerhalb der Versicherungsräume befinden, gelten bis zur Höhe von 10 Prozent der für versicherte Sachen dieser Art zusammen festgesetzten Versicherungssumme und bis zum Gesamtbetrage von 2000 M. als versichert.

3. Bei einem Wohnungswechsel bleibt die Versicherung des häuslichen Mobiliars — auch während des Umzugs — bestehen, wenn die neue Wohnung innerhalb des Deutschen Reiches liegt. Der Versicherungsnehmer ist aber verpflichtet, der Sozietät unverzüglich und spätestens binnen 6 Wochen, nachdem die Sache überführt ist, schriftlich Anzeige zu machen.

Wird die Anzeige nicht rechtzeitig erstattet, so ist die Sozietät von der Haftung frei solange, bis sie durch den Versicherungsnehmer oder anderweitig von dem Umzuge Kenntnis erhält. Die Haftung der Sozietät bleibt bestehen, wenn die Verletzung der Anzeigepflicht eine unverschuldete ist.

Die Sozietät ist berechtigt, die Versicherung des durch den Umzug verbrachten Mobiliars mit einmonatiger Frist zu kündigen. Das Kündigungsrecht erlischt, wenn es nicht innerhalb eines Monats von dem Zeitpunkt an ausgeübt wird, in welchem die Sozietät von dem Umzuge Kenntnis erlangt.

#### § 4.

##### Versicherungssumme, Versicherungswert.

1. Die Versicherung darf nicht zu einer Bereicherung führen. Die Sozietät haftet nur für den Versicherungswert der Sachen zur Zeit des Eintritts des Schadenfalls bis zur Höhe der Versicherungssumme.

Ist die Versicherungssumme höher als der Versicherungswert zur Zeit des Eintritts des Schadenfalls (Überversicherung), so hat die Sozietät dem Versicherungsnehmer nicht mehr als den Betrag des Schadens zu ersetzen. Ist die Versicherungssumme niedriger als der Versicherungswert zur Zeit des Eintritts des Schadenfalls (Unterversicherung), so haftet die Sozietät nur nach dem Verhältnis der Versicherungssumme zum Versicherungswert.

Die Versicherung an sich begründet keinen Beweis für das Vorhandensein und den Wert der versicherten Sachen zur Zeit des Schadenfalls.



2. Sind die Sachen in dem Versicherungsschein (§ 6) positionsweise aufgeführt, so bilden die für die einzelnen Positionen festgesetzten Versicherungssummen die Grenze für die Ersatzpflicht der Sozietät, soweit nicht ein Ausgleich zwischen einzelnen Positionen vereinbart ist.

3. Als Versicherungswert gilt bei Gebäuden der ortsübliche Bauwert nach Abzug eines dem Zustande des Gebäudes, insbesondere dem Alter und der Abnutzung entsprechenden Betrages. Ergibt sich durch besondere Umstände, z. B. bei Zerstückelung eines landwirtschaftlichen Grundstückes, ein geringerer Wert, so ist dieser maßgebend.

Ist ein Gebäude zum Abbruch an- oder ausgebaut oder sonst erweislich zum Abbruch bestimmt, so gilt als Versicherungswert der Wert der aus dem Abbruch hervorgehenden Baustoffe abzüglich der Abbruchskosten.

4. Die Tage eines Gebäudes gilt als vertragsmäßige Festsetzung des Versicherungswertes nur dann, wenn dies besonders vereinbart ist.

5. Bei Haushalts- und sonstigen Gebrauchsgegenständen, bei Arbeitsgerätschaften und Maschinen gilt als Versicherungswert der Betrag, der erforderlich ist, um Sachen gleicher Art anzuschaffen unter billiger Berücksichtigung des aus dem Unterschiede zwischen alt und neu sich ergebenden Minderwertes.

6. Bei Gegenständen, die einen besonderen wissenschaftlichen, Kunst- oder Liebhaberwert haben, gilt als Versicherungswert der gemeine Wert, wenn nichts anderes vereinbart ist.

## § 5.

### Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers bei Abschluß des Vertrages.

1. Der Versicherungsnehmer hat der Sozietät bei Abschluß des Vertrages alle ihm bekannten Umstände, die für die Übernahme der Gefahr erheblich sind, schriftlich anzuzeigen.

2. Ist die Anzeige eines erheblichen Umstandes unterblieben oder unrichtig erstattet, so hat die Sozietät, sofern es sich nicht um eine Gebäudeversicherung handelt, das Recht, gemäß der §§ 16—21 des Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 von der Versicherung zurückzutreten und die Leistung der Entschädigung bei Eintritt des Schadenfalls zu versagen.

3. Die gleichen Vorschriften (Ziffer 2) finden bei einer Gebäudeversicherung mit der Maßgabe Anwendung, daß ein Rücktritt der Sozietät von der Versicherung nur statthaft ist, wenn die Verlegung der Anzeige-

pflieht einen Umstand betrifft, der die Sozietät zur Ablehnung der Versicherung berechtigt haben würde, oder wenn dem Versicherungsnehmer arglistige Täuschung zur Last fällt.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor oder will die Sozietät von ihrem Rücktrittsrecht keinen Gebrauch machen, so kann sie, wenn nach Abschluß einer Gebäudeversicherung Gefahrenumstände sich herausstellen, welche der Sozietät beim Abschlusse nicht bekannt waren, aber für Bemessung des Versicherungsbeitrages erheblich sind, die Vertragsbedingungen abändern und vom Beginn der laufenden Versicherungsperiode den Versicherungsnehmer zu erhöhten Leistungen heranziehen. Will der Versicherungsnehmer unter den abgeänderten Bedingungen den Vertrag nicht fortsetzen, so kann er die Versicherung binnen 1 Monat nach Empfang der Mitteilung mit einmonatiger Frist kündigen; der § 6, Ziffer 5, Satz 2 findet sinngemäße Anwendung.

Zur Verfassung der Entschädigung bei Eintritt des Schadenfalls ist die Sozietät, sofern die Anzeigepflicht in Ansehung eines erheblichen Umstandes verletzt ist, bei der Gebäudeversicherung auch dann befugt, wenn sie gemäß Ziffer 3 Satz 1 zum Rücktritt von der Versicherung nicht berechtigt ist. Diese Befugnis fällt fort, wenn die Verletzung der Anzeigepflicht eine unverschuldete war oder der Umstand, dessen Anzeige unterblieben oder unrichtig erstattet ist, keinen Einfluß auf den Eintritt und Umfang des Schadens gehabt hat, oder wenn der Sozietät die Verletzung der Anzeigepflicht bereits seit einem Monat vor Eintritt des Schadenfalls bekannt war, eine Abänderung der Vertragsbedingungen durch die Sozietät aber nicht erfolgt ist.

## § 6.

### **Versicherungsschein. Anfang und Dauer der Versicherung.**

1. Der Versicherungsnehmer erhält von der Sozietät einen Versicherungsschein, zu dessen Unterzeichnung eine im Wege der mechanischen Vervielfältigung hergestellte Namensunterschrift genügt. Für die beim Inkrafttreten dieser allgemeinen Versicherungsbedingungen laufenden Versicherungen wird ein Versicherungsschein nur auf Antrag ausgestellt. Die Kosten trägt der Versicherungsnehmer.

Der Inhalt des Versicherungsscheins gilt als genehmigt, wenn der Versicherungsnehmer nicht binnen einem Monat nach Empfang bei der

Direktion der Schlesischen Provinzial-Feuersozietät zu Breslau schriftlich Widerspruch erhebt. Das Recht des Versicherungsnehmers, die Genehmigung wegen Irrtums anzufechten, bleibt unberührt.

Der Versicherungsnehmer kann jederzeit Abschriften der Erklärungen fordern, die er mit Bezug auf den Vertrag abgegeben hat. Er hat die Kosten dieser Abschriften zu erstatten.

2. Mangels anderer Vereinbarung beginnen Versicherungen, zu deren Annahme die Sozietät verpflichtet ist, mit dem Ablauf desjenigen Tages, an dem der Versicherungsantrag mit den zugehörigen Unterlagen bei dem Kreis-Feuersozietäts-Direktor (Königlichen Landrat) oder beim Magistrat eingegangen ist, sonstige Versicherungen mit dem Ablauf desjenigen Tages, an dem die Annahmeerklärung der Sozietät an den Antragsteller abgesandt ist; wird bei den letzteren Versicherungen der Antrag nicht innerhalb eines Monats seit seinem Eingange beanstandet oder abgelehnt, so gilt er als genehmigt.

Der Antragsteller ist an seinen Antrag einen Monat gebunden.

Die Mobiliar-Versicherungsanträge sind bei dem Versicherungs-Kommissar anzubringen.

3. Als Versicherungsperiode gilt das Kalenderjahr.

4. Die Versicherungsverträge gelten mangels anderer Vereinbarung als auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen. Die ein- oder mehrjährige Dauer wird von Beginn des nächsten Kalenderjahres ab gerechnet.

5. Ist eine ein- oder mehrjährige Versicherung 3 Monate vor ihrem Ablauf von keiner Seite durch eingeschriebenen Brief gekündigt, so gilt sie um ein Jahr und weiter von Jahr zu Jahr als stillschweigend verlängert. Die Kündigung ist anzubringen:

- a. für eine Gebäudeversicherung bei dem Kreis-Feuersozietäts-Direktor oder beim Magistrat,
- b. für eine Mobiliarversicherung bei dem Versicherungs-Kommissar.

Bei Gebäuden ist die Kündigung nur dann wirksam, wenn der Versicherungsnehmer einen Monat vor Ablauf der Versicherung nachgewiesen hat, daß zu dem Zeitpunkte, bis zu welchem die Kündigung zulässig war, Hypotheken, Reallasten, Grund- oder Rentenschulden nicht vorhanden waren oder daß die zu diesem Zeitpunkt angemeldeten Realberechtigten in die Aufhebung der Versicherung bei der Sozietät willigen. Der Grundbuchauszug und die Erklärungen der Realberechtigten, sowie die Abschriften der Kündigenden sind auf Verlangen der Sozietät zu beglaubigen.



## § 7.

### Beiträge des Versicherungsnehmers.

1. Der Beitrag und die Nebenkosten sind für neue Versicherungen bei dem Empfang des Versicherungsscheines, für bestehende bei Beginn eines Versicherungsjahres fällig. Der Versicherungsnehmer hat den fälligen Betrag auf seine Gefahr und Kosten dem Ortssteuererheber seines Wohnortes oder der ihm sonst von der Direktion der Schlesischen Provinzial-Feuersozietät bekanntgegebenen Zahlstelle zu übermitteln.

2. Werden die Beiträge und Nebenkosten nicht rechtzeitig gezahlt, so ist die Sozietät bei Gebäuden von der Haftung frei, wenn der Versicherungsnehmer trotz wiederholter Mahnung länger als 6 Monate mit der Zahlung im Verzuge geblieben ist und die Zwangsvollstreckung in sein bewegliches Vermögen nicht zur Befriedigung der Sozietät geführt hat.

Bei sonstigen Versicherungen ist die Sozietät von der Haftung frei, wenn der Versicherungsnehmer seit Empfang der Zahlungsaufforderung zwei Wochen mit der Zahlung in Rückstand geblieben ist. In der Zahlungsaufforderung ist auf diese Folge hinzuweisen.

Die Sozietät ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 auch berechtigt, das Versicherungsverhältnis mit einmonatiger Frist zu kündigen. Die Wirkungen der Kündigung treten nicht ein, wenn die Zahlung bis zum Ablauf der Frist erfolgt.

3. Kündigt der Versicherungsnehmer vor Ablauf der Vertragszeit, so gebührt der Sozietät der Beitrag bis zum Schluß des Versicherungsjahres; kündigt die Sozietät, so erstattet sie den Beitrag nach Verhältnis der noch nicht abgelaufenen Versicherungszeit.

Bei Erstattung von Beiträgen, welche auf mehrere Jahre vorausbezahlt sind, kann die Sozietät den Betrag einbehalten, den sie bei Abschluß der Versicherung für die abgelaufene Zeit festgesetzt haben würde.

4. Angefangene Monate werden für voll gerechnet.

5. Ein Anspruch auf Erstattung irrtümlich gezahlter Beiträge kann nur für das laufende und das vorausgegangene Versicherungsjahr erhoben werden.

## § 8.

### Gefahrerhöhung

1. Nach dem Abschlusse des Vertrags darf der Versicherungsnehmer nicht ohne Einwilligung der Sozietät eine Erhöhung der Gefahr vornehmen oder deren Vornahme durch einen Dritten gestatten.

2. Der Versicherungsnehmer hat jede Gefahrerhöhung, die durch eine mit oder ohne seinen Willen erfolgte Änderung eintritt, nach erlangter Kenntnis der Sozietät unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

3. Im Falle der Verletzung dieser Vorschriften hat die Sozietät, sofern es sich nicht um eine Gebäudeversicherung handelt, das Recht, gemäß der §§ 24—30 des Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 die Versicherung zu kündigen und bei Eintritt des Schadenfalls die Entschädigung zu versagen.

4. Die gleichen Vorschriften (Ziffer 3) finden bei einer Gebäudeversicherung mit der Maßgabe Anwendung, daß eine Kündigung der Versicherung nur statthaft ist, wenn die Gefahrerhöhung eine derartige ist, daß sie die Sozietät berechtigt haben würde, den Abschluß der Versicherung abzulehnen.

Liegt diese Voraussetzung nicht vor oder will die Sozietät von ihrem Kündigungsrecht keinen Gebrauch machen, so kann sie, wenn die Gefahrerhöhung für die Bemessung des Versicherungsbeitrages erheblich ist, die Vertragsbedingungen abändern und vom Beginn der laufenden Versicherungsperiode den Versicherungsnehmer zu erhöhten Leistungen heranziehen. Will der Versicherungsnehmer unter den abgeänderten Bedingungen den Vertrag nicht fortsetzen, so kann er die Versicherung binnen einem Monat nach Empfang der Mitteilung mit einmonatiger Frist kündigen; der § 6, Ziffer 5, Satz 2 findet sinngemäße Anwendung.

Zur Versagung der Entschädigung bei Eintritt des Schadenfalls ist die Sozietät im Falle der Verletzung der Vorschriften Ziffer 1 und 2 nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmungen (Ziffer 3, Satz 1) bei der Gebäudeversicherung auch dann befugt, wenn sie gemäß Ziffer 4 Satz 1 zur Kündigung der Versicherung nicht berechtigt ist. Diese Befugnis fällt, abgesehen von den in den reichsgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Fällen, auch dann fort, wenn der Sozietät die Gefahrerhöhung bereits seit einem Monat vor Eintritt des Schadenfalls bekannt war, eine Abänderung der Vertragsbedingungen durch die Sozietät aber nicht erfolgt ist.

## § 9.

### Sicherheitsvorschriften.

1. Der Versicherungsnehmer darf die gesetzlichen oder polizeilichen Sicherheitsvorschriften und die zur Verminderung der Gefahr oder zur Verhütung einer Gefahrerhöhung vertraglich übernommenen Verpflichtungen weder selbst verletzen, noch ihre Verletzung durch einen Dritten dulden.

2. Verlegt der Versicherungsnehmer diese Pflichten, so kann die Sozietät, sofern es sich um eine Gebäudeversicherung handelt, die Vertragsbedingungen abändern. Will der Versicherungsnehmer unter den abgeänderten Bedingungen den Vertrag nicht fortsetzen, so kann er die Versicherung binnen einem Monat nach Empfang der Mitteilung mit einmonatiger Frist kündigen. Auf die Kündigung findet der § 6, Ziffer 5, Satz 2 sinngemäße Anwendung.

3. Ist die Sozietät zur Annahme der Versicherung nicht verpflichtet, so kann sie ferner binnen einem Monat nach Kenntnis der Verletzung mit einmonatiger Frist kündigen.

4. Die Sozietät kann endlich die Entschädigung ganz oder teilweise versagen, wenn der Schadenfall nach der Verletzung eintritt und die Verletzung auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Versicherungsnehmers beruht. Ihre Entschädigungspflicht bleibt bestehen, wenn die Verletzung keinen Einfluß auf den Eintritt des Schadenfalls und auf den Umfang der Leistung der Sozietät gehabt hat, oder wenn bei Eintritt des Schadenfalls die Frist für das Kündigungsrecht der Sozietät (Ziffer 3) abgelaufen und eine Kündigung nicht erfolgt ist.

5. Der Versicherungsnehmer hat an jedem versicherten Gebäude oder Gebäudekomplex ein von der Sozietät geliefertes Versicherungsschild, dessen Kosten er zu erstatten hat, zu befestigen und dauernd zu unterhalten.

## § 10.

### Herabsetzung der Versicherungssumme.

1. Übersteigt die Versicherungssumme den Wert der versicherten Sachen erheblich, so kann zur Beseitigung der Überversicherung die Versicherungssumme herabgesetzt werden.

Ist der Versicherungsnehmer mit der Herabsetzung nicht einverstanden, so kann er die Versicherung binnen einem Monat nach Empfang der Mitteilung ohne Frist kündigen. Bei einer Gebäudeversicherung ist die Kündigung nur dann wirksam, wenn gleichzeitig die im § 6 Ziffer 5 bezeichneten Nachweise beigebracht werden.

2. Die Sozietät ist berechtigt, die Sachen durch einen Vertreter besichtigen zu lassen.

## § 11.

### Mehrfache Versicherung. Doppelversicherung. Vereinbarte Selbstversicherung.

1. Wer für die versicherte Sache gegen dieselbe Gefahr ganz oder teilweise anderweitig Versicherung nimmt oder wer anderweitig versicherte



Sachen bei der Sozietät versichert, hat der Sozietät von der anderen Versicherung unverzüglich schriftlich unter Benennung des anderen Versicherers und der Versicherungssumme Mitteilung zu machen. Die Sozietät ist berechtigt, innerhalb eines Monats nach erlangter Kenntnis die Versicherung mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Wird die Mitteilung nicht unverzüglich gemacht, so ist die Sozietät bis zum Fortfall der anderweiten Versicherung von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Schadenfall später als zwei Monate nach dem Zeitpunkt eintritt, zu dem der Sozietät die Mitteilung hätte zugehen müssen; ihre Verpflichtung bleibt bestehen, wenn zur Zeit des Eintritts des Schadenfalls die Frist für die Kündigung der Sozietät bereits abgelaufen und eine Kündigung nicht erfolgt ist.

2. Bei Gebäudeversicherungen bedarf es in den Fällen der Ziffer 1 Satz 1 der Genehmigung der Sozietät. Wird die Genehmigung nicht eingeholt oder versagt, so ist die Sozietät bis zur Aufhebung der anderen Versicherung von der Haftung frei.

3. Ist eine bei der Sozietät versicherte Sache ganz oder teilweise auch anderweitig versichert, so haftet die Sozietät, soweit ihre Haftung gemäß Ziffer 2 nicht gänzlich fortfällt, nur anteilig nach dem Verhältnis der mit ihr vereinbarten Versicherungssumme zum Gesamtbetrage der Versicherungssummen. Übersteigen die Versicherungssummen zusammen den Versicherungswert (Doppelversicherung), so haftet die Sozietät nach jenem Verhältnis nur für den Versicherungswert.

4. Hat der Versicherungsnehmer einen Teil des Schadens selbst zu tragen (vereinbarte Selbstversicherung), so darf er für diesen Teil nicht anderweit Versicherung nehmen. Wird dieser Bestimmung zuwider gehandelt, so wird die Entschädigung derart ermäßigt, daß der Versicherungsnehmer den ausbedungenen Teil des Schadens selbst trägt.

## § 12.

### Veräußerung der versicherten Sache.

1. Wird die versicherte Sache von dem Versicherungsnehmer veräußert, so tritt an Stelle des Veräußerers der Erwerber in die während der Dauer seines Eigentums aus dem Versicherungsverhältnis sich ergebenden Rechte und Pflichten ein. Die Sozietät hat in Ansehung der durch das Versicherungsverhältnis gegen sie begründeten Forderungen die Veräußerung erst dann gegen sich gelten zu lassen, wenn sie von ihr Kenntnis erlangt.

2. Die Veräußerung von Gebäuden ist dem Magistrat oder dem Gemeindevorstand und die Veräußerung von beweglichen Sachen ist dem

Versicherungskommissar unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Wird die Anzeige weder von dem Veräußerer noch von dem Erwerber erstattet, so kann die Sozietät die Entschädigung unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen ganz oder teilweise versagen, es sei denn, daß sie zur Annahme der Versicherung der veräußerten Sache verpflichtet ist.

3. Die Sozietät und der Erwerber sind berechtigt, die Versicherung mit einmonatiger Frist zu kündigen, wenn es sich um Versicherungen handelt, zu deren Annahme die Sozietät nicht verpflichtet ist. Das Kündigungsrecht der Sozietät erlischt einen Monat nach Kenntnis der Veräußerung, das des Erwerbers einen Monat nach dem Erwerbe oder, wenn der Erwerber von der Versicherung keine Kenntnis hatte, einen Monat nach erlangter Kenntnis.

4. Für die Beiträge, welche auf die zur Zeit der Veräußerung laufende Versicherungsperiode entfallen, haften der Veräußerer und Erwerber als Gesamtschuldner. Bei der Gebäudeversicherung haftet neben dem Veräußerer der Erwerber auch für rückständige Beiträge und Abschätzungskosten.

5. Bei einer Zwangsversteigerung der versicherten Sache finden die vorstehenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

### § 13.

#### Versicherung für fremde Rechnung.

1. Bei der Versicherung für fremde Rechnung kann der Versicherungsnehmer über die dem Versicherten aus dem Vertrage zustehenden Rechte im eigenen Namen verfügen. Der Versicherungsnehmer ist, auch wenn er nicht im Besitz des Versicherungsscheins ist, ohne Zustimmung des Versicherten zur Annahme der Entschädigung und zur Übertragung der Rechte des Versicherten befugt. Die Sozietät ist berechtigt, vor Auszahlung der Entschädigung von dem Versicherungsnehmer den Nachweis zu verlangen, daß der Versicherte seine Zustimmung zu der Versicherung und zur Empfangnahme der Entschädigung erteilt und keine anderweite Versicherung genommen hat.

2. Der Versicherte kann über seine Rechte aus dem Versicherungsverhältnis nicht verfügen; selbst wenn er im Besitz des Versicherungsscheins ist; er kann die noch nicht gezahlte Entschädigung nur mit Zustimmung des Versicherungsnehmers verlangen.

3. Bei der Versicherung für fremde Rechnung haftet die Sozietät nicht, soweit der Versicherte die Sachen anderweitig versichert hat.

§ 14.

**Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bei und nach dem Schadenfall.**

1. Der Versicherungsnehmer hat jeden Schaden, für den Ersatz verlangt wird, und jeden Brandstiftungsversuch der Sozietätsdirektion oder

a. bezüglich der Gebäudeversicherung dem Kreis-Feuer-Sozietätsdirektor (Landrat) oder bei städtischen Gebäuden dem Magistrat,

b. bezüglich der Versicherung von beweglichen Sachen dem Versicherungs-kommissar und außerdem der Ortspolizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Auch das Abhandenkommen versicherter Sachen bei dem Schadenfall ist der Ortspolizeibehörde unter Bezeichnung der Sachen unverzüglich mitzuteilen. Der Pflicht zur Anzeige wird genügt, wenn sie binnen drei Tagen nach Eintritt des Schadenfalls erstattet wird.

2. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen und dabei die Weisungen der Sozietät zu befolgen.

Aufwendungen, die der Versicherungsnehmer hierfür macht, fallen, auch wenn sie erfolglos bleiben, innerhalb der Versicherungssumme der Sozietät zur Last, soweit der Versicherungsnehmer sie den Umständen nach für geboten halten durfte.

Die Verpflichtung der Sozietät zum Ersatz für Aufwendungen des Versicherungsnehmers erstreckt sich nicht auf die Leistungen der im öffentlichen Interesse bestehenden Feuerwehren oder anderer zur Löschhilfe Verpflichteter oder für Bewachung der Brandstelle, sowie mangels anderer Vereinbarung auch nicht auf die Aufräumungskosten.

Zur Leistung von Vorschüssen ist die Sozietät nicht verpflichtet.

3. Bis zur Feststellung des Schadens darf der Versicherungsnehmer ohne Einwilligung der Sozietät nur solche Änderungen vornehmen, welche zur Erfüllung der ihm nach Ziffer 2 obliegenden Pflicht oder im öffentlichen Interesse geboten sind. Insbesondere darf er mutwillige Zerstörungen verschont gebliebener Teile weder veranlassen noch dulden.

4. Die Sozietät ist berechtigt, jede den Wert sowie den Schaden, dessen Ursache und Höhe betreffende Untersuchung anzustellen.

Der Versicherungsnehmer hat der Sozietät nach dem Eintritt des Schadenfalls jede Auskunft zu erteilen, die zur Feststellung des Schadenfalls oder der Höhe der Entschädigung erforderlich ist, auch für seine Ansprüche die Belege beizubringen, deren Beschaffung ihm billigerweise zugemutet werden kann. Auf Verlangen der Sozietät hat er binnen einer



angemessenen Frist von mindestens zwei Wochen ein Verzeichnis über die zur Zeit des Schadenfalls vorhandenen, die vom Schaden betroffenen oder abhanden gekommenen und die beschädigten oder unbeschädigten Sachen unter Angabe ihres Werts unmittelbar vor dem Schadenfall einzureichen. Entstehende Kosten trägt der Versicherungsnehmer.

## § 15.

### Folgen der Verletzung der Obliegenheiten des Versicherungsnehmers bei und nach dem Schadenfall.

1. Die Sozietät ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Versicherungsnehmer oder der Versicherte den Schadenfall vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat oder wenn die Brandstiftung mit ihrem Wissen und Willen erfolgt ist oder wenn sie sich bei Ermittlung des Schadens einer arglistigen Täuschung schuldig machen.

2. Hat der Versicherungsnehmer eine Obliegenheit, die bei oder nach Eintritt des Schadenfalls zu erfüllen ist, verletzt, so kann die Sozietät die Entschädigung ganz oder zum Teil versagen, es sei denn, daß die Verletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit des Versicherungsnehmers beruht. Wegen Unterlassung der Anzeige des Schadenfalls an die Polizeibehörde kann die Leistung nur bis zur Nachholung der Anzeige verweigert werden. Wegen Unterlassung der Anzeige abhanden gekommener Sachen bei der Ortspolizeibehörde darf die Leistung für andere als die abhanden gekommenen Sachen nicht abgelehnt werden.

## § 16.

### Zahlung der Entschädigung.

1. Die Entschädigung ist, vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen, mit dem Ablauf eines Monats nach vollständiger Feststellung des Schadens fällig. Solange die Auszahlung der Entschädigung durch Legitimationsmängel oder durch sonstige gesetzliche Gründe gehindert wird, ist die Sozietät zur Hinterlegung oder zur Zahlung oder zur Vertretung der Folgen des Zahlungsaufschubs nicht verpflichtet.

2. Wenn Gebäude mit Hypotheken, Reallasten, Grund- oder Rentenschulden belastet sind, so kann der Versicherungsnehmer die Entschädigung

nur zur Wiederherstellung und erst dann verlangen, wenn die bestimmungsmäßige Verwendung des Geldes gesichert ist, es sei denn, daß die vor dem Schadenfall eingetragenen Realberechtigten in die sofortige Auszahlung der Entschädigung willigen. Die Sozietät kann zum Nachweis über die Belastung des Gebäudes vom Versicherungsnehmer auf dessen Kosten einen beglaubigten Grundbuchauszug verlangen.

Wird die Einwilligung der Realberechtigten nicht beigebracht, so erfolgt die Zahlung bei Vollschäden in Teilbeträgen je nach dem Fortschreiten des Wiederaufbaues. Bei Teilschäden erfolgt die Zahlung, wenn der Schaden geringfügig ist, nach der Festsetzung, sonst ebenfalls in Teilbeträgen.

Wird ausreichende Sicherheit geleistet, so kann die Zahlung vor der Wiederherstellung in ungeteilter Summe erfolgen.

3. Ist der Schaden bis zum Ablauf eines Monats seit der Anzeige des Schadenfalls noch nicht vollständig festgestellt, so kann der Versicherungsnehmer unbeschadet der Bestimmungen in Ziffer 1 und 2 die Feststellung desjenigen Betrages, den die Sozietät nach Lage der Sache mindestens zu zahlen hat, und die Zahlung dieses Betrages fordern.

4. Solange eine polizeiliche oder gerichtliche Untersuchung über die Entstehung des Brandes schwebt, kann die Sozietät die Auszahlung der Entschädigung verweigern, bis der Versicherungsnehmer eine Erklärung der zuständigen Behörde darüber beibringt, daß die Untersuchung sich nicht gegen ihn oder den Versicherten richtet.

5. Die Sozietät hat nach Ablauf eines Monats seit Anzeige des Schadenfalls die Entschädigung mit 4 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen. Der Lauf der Frist ist gehemmt, solange infolge Verschuldens des Versicherungsnehmers die Festsetzung des Schadens oder die Zahlung der Entschädigung nicht erfolgen kann, oder sobald die Entschädigung hinterlegt ist. Bei Zinsbeträgen werden Bruchteile einer Mark auf volle Mark nach unten abgerundet; Zinsbeträge unter einer Mark werden nicht vergütet. Bei Gebäudeversicherungen tritt, wenn die Entschädigung nur zum Wiederaufbau zu zahlen ist, die Zinspflicht erst mit dem Beginn des Zahlungsverzuges ein.

6. Kann die Zahlung der Entschädigung nur zur Wiederherstellung des beschädigten Gebäudes verlangt werden, so erlischt der Anspruch auf die Entschädigung, wenn der Versicherungsnehmer nicht binnen zehn Jahren die Wiederherstellung herbeiführt. Die zehnjährige Frist beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in dem der Brandschaden stattgefunden hat.

## § 17.

### **Rechtsverhältnis nach dem Schadenfall oder nach dem gänzlichen oder teilweisen Untergang der versicherten Sache.**

1. Nach Eintritt des Schadenfalls oder nach sonstigem gänzlichen oder teilweisen Untergang der versicherten Sache bleibt die Versicherung bestehen, bis der Versicherungsnehmer oder die Sozietät nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften eine Änderung in der Versicherung herbeiführt. Bei einer Gebäudeversicherung umfaßt die fortlaufende Versicherung auch die zum Bau bestimmten, auf dem Bauplatz oder in seiner unmittelbaren Nähe im Freien lagernden Baustoffe.

Wird mit dem Wiederaufbau eines vernichteten Gebäudes nicht innerhalb des laufenden oder des nächstfolgenden Kalenderjahres begonnen, so erlischt mit dem Ablauf des letzteren die Versicherung dieses Gebäudes.

Der Versicherungsnehmer hat einen Anspruch auf Erlaß oder Ermäßigung der Beiträge vom Ablauf der Versicherungsperiode ab bis zum Wiederaufbau oder bis zur Neubeschaffung der Sachen.

2. Nach dem Eintritt des Schadenfalls ist jeder Teil berechtigt, das Versicherungsverhältnis binnen einem Monat nach dem Abschlusse der Verhandlungen über die Entschädigung zu kündigen, sofern es sich um Sachen handelt, zu deren Versicherung die Sozietät nicht verpflichtet ist; der Versicherungsnehmer kann jedoch nur dann kündigen, wenn er den Schaden in der vorgeschriebenen Frist (§ 14 Absatz 1) angemeldet hat.

Die Sozietät hat eine Kündigungsfrist von einem Monat einzuhalten. Der Versicherungsnehmer kann ohne solche, aber nicht für einen späteren Zeitpunkt als den Schluß der laufenden Versicherungsperiode kündigen. Bei einer Gebäudeversicherung ist die Kündigung nur dann wirksam, wenn bis zu dem gewählten Ablaufstermin die im § 6 Ziffer 5 bezeichneten Nachweise beigebracht werden.

## § 18.

### **Verlust des Anspruchs des Versicherungsnehmers wegen Nichtgeltendmachung.**


Die Sozietät wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Versicherungsnehmer seinen Anspruch nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten gerichtlich geltend gemacht hat. Der Lauf der Frist beginnt von dem Tage, an welchem die Sozietät dem Versicherungsnehmer gegenüber den Anspruch unter Angabe der mit dem Ablaufe der Frist verbundenen Rechtsfolge schriftlich abgelehnt hat.



§ 19.

**Schlußbestimmung.**

Soweit nicht in der Satzung der Sozietät, in den vorstehenden allgemeinen Versicherungsbedingungen, in Sonderbedingungen, oder durch besondere Vereinbarung Abweichendes bestimmt ist, gelten für das Versicherungsverhältnis die gesetzlichen Vorschriften.



# **Zusatzbedingungen für landwirtschaftliche Versicherungen.**

## **§ 1.**

### **Umfang der landwirtschaftlichen Versicherungen.**

Die landwirtschaftliche Versicherung erstreckt sich auf die durch eigenen Anbau gewonnenen oder zum eigenen Bedarf erworbenen Ernteerzeugnisse und landwirtschaftlichen Vorräte, sowie auf die zum Betriebe der Landwirtschaft gehörigen Viehbestände und Geräte.

Für landwirtschaftliche Versicherungen gelten die allgemeinen Versicherungsbedingungen und die nachstehenden Vorschriften.

## **§ 2.**

### **Räumlicher Geltungsbereich der Versicherung.**

Als Versicherungsräume gelten ohne besondere Vereinbarung sämtliche vom Versicherungsnehmer zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzte, nach Lage, Bau- und Benutzungsart im Versicherungsschein bezeichnete Gebäude mit Ausnahme der offenen Feldscheunen (Schober-, Diemenschuppen — vgl. § 3 Ziff. 2 und 3), der Hofraum und sämtliche Ländereien des Gehöfts und seiner wirtschaftlich zugehörigen Vorwerke nebst allen dahin führenden Wegen, sowie die Wege nach und von deutschen Märkten, Ausstellungen und Ablieferungsorten, mit Einschluß der Unterkunftstellen, aber mit Ausschluß der Märkte, Ausstellungen und Ablieferungsorte selbst.

Mahlgut für den eigenen Bedarf gilt, falls nicht eine höhere Selbstversicherung ausbedungen ist, mit 80% des Wertes auch auf der Mühle und beim Hin- und Rücktransport als versichert, soweit fremdes Mahlgut vom Müller gegen Feuerschaden nicht oder nicht ausreichend versichert ist.

## **§ 3.**

### **Versicherung der Ernteerzeugnisse.**

1. Die Versicherung der Ernteerzeugnisse umfaßt ohne Unterscheidung nach den einzelnen Fruchtgattungen die gesamten jeweils in den Versicherungsräumen vorhandenen Bestände an Halm- und Hülsenfrüchten jeder Art, an

Körnern, Gräsern, Stroh, Heu und Futterfräutern einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs.

Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, die gesamten Vorräte dieser Art zum vollen Wert für die Zeit des ganzen Erntejahres zur Versicherung anzugeben.

Hack- und Ölfrüchte, Sämereien und Handelsgewächse sind nur dann versichert, wenn sie besonders angemeldet sind.

2. Die Erntefrüchte sind auch auf dem Halme, während der Erntearbeiten und bis zum Höchstbetrage von 18 000 *M* für den einzelnen Schadenfall beim Aufstellen in Schober (Diemen) versichert. Nach Ablauf einer Woche, vom Beginn des Einbringens in Schober an gerechnet, scheiden die in Schober gesetzten Erntefrüchte aus der Versicherung aus. Für Erntefrüchte, die länger als eine Woche in Schober versichert bleiben sollen, muß eine besondere Schoberversicherung beantragt werden. Werden die Erntefrüchte aus den Schobern in die Versicherungsräume verbracht, so fallen sie unter die Ernteversicherung (Ziff. 1).

3. Bei der Aufstellung von Schobern hat der Versicherungsnehmer soweit nicht gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften Weitergehendes verlangen folgende Obliegenheiten zu erfüllen: Jeder Schober muß mindestens 30 m von Gebäuden und öffentlichen Wegen und von Eisenbahnen entfernt stehen. Schober oder Schoberkomplexe im Werte von über 9 000 *M* müssen mindestens 60 m, von über 18 000 *M* mindestens 120 m von einander entfernt sein.

In geringeren Entfernungen von einander aufgestellte Schober werden als ein Schober behandelt.

Die Versicherung von Schobern und Schoberkomplexen im Werte von mehr als 18 000 *M* bedarf besonderer Vereinbarung.

Wird ein Getreideschober ausgedroschen und das daraus gewonnene Stroh sofort wieder in einen Schober gesetzt, so geht die Versicherung unter den bisherigen Bedingungen auf den Strohschober bis zum Ablauf der Versicherungszeit für den Fruchtschober über und zwar zu dem ursprünglich für Stroh vereinbarten Werte, höchstens aber zu einem Drittel der Versicherungssumme des Getreideschobers.

Die Versicherung eines Schobers erlischt schon vor ihrem Ablauf mit seiner Abtragung.

An jedem Schober ist dauernd ein Versicherungsschild der Sozietät zu befestigen.

4. Die unter 2 und 3 für Schober getroffenen Bestimmungen gelten auch für Erntefrüchte in offenen Feldscheunen.



5. Können nach Eintritt des Schadenfalles die Erntebestände einschließlich der aus früheren Jahren und des Zukaufs, weder durch ordnungsmäßig geführte Wirtschaftsbücher, noch durch Belege oder in anderer zuverlässiger Weise ermittelt werden, so wird angenommen, daß eine gleichmäßige Verminderung der Bestände stattgefunden hat, und zwar bei Getreide und Stroh vom 1. September ab täglich um  $\frac{1}{300}$ , bei Futtergewächsen vom 1. November ab täglich um  $\frac{1}{240}$ . Für die Wertberechnung sind, sofern nichts anderes vereinbart ist, die mittleren Preise des nächsten Markttages am Brandtage maßgebend. Bei Dreschfrucht werden vom Marktwert der Körner nur die ersparten Dreschkosten abgezogen; für ersparte Marktfuhren wird kein Abzug gemacht.

6. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, in seinem Betriebe, namentlich auch bei dem Ausdreschen von Ernteerzeugnissen, die gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften über Aufstellung, Beschaffenheit und Betrieb von Dampfkesseln und von beweglichen und unbeweglichen Motoren genau zu erfüllen.

#### § 4.

#### Versicherung der Viehbestände.

1. Die Versicherung der Viehbestände umfaßt, wenn nichts anderes vereinbart ist, den gesamten jeweils vorhandenen landwirtschaftlichen Viehbestand ohne Unterscheidung nach einzelnen Viehgattungen. Ausgenommen sind Luxustiere und andere Tiere von außergewöhnlichem Werte, welche besonders zu versichern sind. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, seinen gesamten Viehbestand zur Versicherung anzugeben.

2. Die Versicherung des Viehs geht nach dem Schlachten auf das Fleisch und die Felle über. Bei Schafen gilt die Versicherung mit Einschluß der Wolle auch nach der Schur.

3. Ein Schaden, der an den in der Räucherammer befindlichen Fleisch-, Wurst- und Speckvorräten durch einen in der Räucherammer selbst ausgebrochenen Brand entsteht, wird nicht ersetzt, sofern der Inhalt der Räucherammer nicht besonders zur Versicherung gebracht worden ist.

---

Beschlossen vom Verwaltungsrat der Sozietät in der Sitzung vom 8. Mai 1911.

---

Genehmigt vom Provinzial-Ausschuß in der Sitzung vom 3. November 1911.

---

Die vorstehenden allgemeinen Versicherungsbedingungen sowie die Zusatzbedingungen für landwirtschaftliche Versicherungen werden hierdurch genehmigt.

Berlin, den 15. November 1911.

**Der Minister des Innern.**

Im Auftrage.

gez. von **Sicking.**

L. b. 1709.

